

1 **Antrag zur 10. MIT-Bundesdelegiertenversammlung 2011**  
2 **Antragsteller: MIT-Bundesvorstand**  
3 **Verfasser: Kommission Energie und Umwelt**  
4 **Kommissionsvorsitzender: Dieter Bischoff**  
5  
6

7 **Strom muss auch Morgen noch bezahlbar bleiben**

8 **– Der Netzausbau darf den Mittelstand nicht zusätzlich belasten –**  
9

10 Aus Sonnenenergie oder Windkraft gewonnene erneuerbare Energie steht nicht zu jeder  
11 Zeit an jedem Ort in gleichbleibender Menge zur Verfügung. Abhängig von der  
12 herrschenden Wetterlage speisen Solar- und Windkraftanlagen viel, wenig oder keine  
13 Energie in Form von Strom oder Wärme in die Netze ein. Energie steht plötzlich in  
14 großen Mengen zur Verfügung, um im nächsten Moment gänzlich zu fehlen. Darüber  
15 hinaus sind aus geographischen Gründen die Erzeugungsregionen über das gesamte  
16 Bundesgebiet unterschiedlich stark verteilt. Angebot und Nachfrage auf dem  
17 Strommarkt stimmen so häufig nicht überein.

18 Der politisch und gesellschaftlich im breiten Konsens gewünschte, wachsende Anteil  
19 regenerativer Energieträger an der zukünftigen Gesamtstromversorgung mit Elektrizität  
20 stellt die Energiewirtschaft vor die technische Herausforderung, diese Schwankungen  
21 im Stromnetz jederzeit ausgleichen zu müssen sowie insbesondere den erzeugten Strom  
22 oft über weite Distanzen von mehreren hundert Kilometern aus den  
23 Erzeugungsgebieten in die Ballungszentren im Westen und Süden Deutschlands zu  
24 transportieren.

25 Immer schwieriger beherrschbare Strommengen in den Netzen lassen die Gefahr von  
26 „black outs“ ansteigen. Die heutigen Übertragungs- und Verteilnetze halten den  
27 wachsenden Anforderungen nicht stand. Sie müssen dringend umfassend aus- und  
28 umgebaut werden. Zukünftige Versorgungssicherheit hängt im Wesentlichen vom  
29 erfolgreichen Netzausbau in den kommenden Jahren ab.

30 Ein wesentliches Ziel deutscher Energiepolitik ist die Gewährleistung von  
31 Versorgungssicherheit.  
32  
33  
34

## Versorgungssicherheit zum Nulltarif gibt es nicht!

35  
36  
37  
38  
39  
40  
41  
42  
43  
44  
45  
46  
47  
48  
49  
50  
51  
52  
53  
54  
55  
56  
57  
58  
59  
60  
61  
62  
63  
64  
65  
66  
67  
68

Es steht außer Frage, dass die mit dem notwendigen Ausbau der Übertragungsnetze entstehenden Kosten die Verbraucher und damit auch der im internationalen Wettbewerb stehende Mittelstand tragen müssen.

Aus Sicht des Mittelstands muss neben der Versorgungssicherheit zudem ein bezahlbarer Preis für Energie ein wesentliches Ziel deutscher Wirtschaftspolitik bleiben. Der Strompreis ist heute zu über 50 % von der Politik über Steuern und Abgaben bestimmt. Angesichts der drängenden Notwendigkeit, in die Versorgungsinfrastruktur in den kommenden zwei Jahrzehnten in erheblichem Umfang investieren zu müssen, wird sich die mittelständische Wirtschaft die hohen Subventionen im Bereich der erneuerbaren Energien in Zukunft nicht mehr leisten können. Deshalb müssen sie auch weiterhin gekürzt werden.

Die Kombination aus stetiger Verteuerung des Strompreises beispielsweise durch das Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG) sowie zusätzlich steigende Netzkosten gefährden in Summe die Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstands.

Die Kosten des Umbaus der deutschen Energiewirtschaft dürfen die internationale Wettbewerbsfähigkeit der mittelständischen Wirtschaft nicht zusätzlich zu den vergleichsweise bereits sehr hohen Abgaben auf den Energieverbrauch weiter belasten.

Daher fordert die **MIT**

- die schrittweise Abschaffung der doppelten Steuerbelastung der Energie durch Energiesteuer und Mehrwertsteuer auf die Energiesteuer,
- eine Anrechnung steigender Netzkosten auf die Belastungen aus dem EEG,
- Gesetze, die Fördertatbestände regeln, müssen Verfallsdaten haben, um so kostspielige Überförderung einzelner Technologien wieder automatisch zurückfahren zu können,
- eine sichere, preiswerte und umweltschonende Energieversorgung,
- eine gemeinsame europäische Energiepolitik, um die Versorgungssicherheit unserer Volkswirtschaft besser zu gewährleisten und mit einer Stimme gegenüber den Produzentenländern aufzutreten.